

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druckverlag: Kerschmann Dresden
Hauptredaktion: Kerschmann Dresden
Telefon: 25541
Schiffelung u. Hauptredaktion:
Dresden - W. L. Waisenstraße 25/26

Bezugspreis bei halbjährlicher Bestellung monatlich 2,40 RM. (einschließlich 20 Pfg. für
Zugabe), durch Postbesug 2,40 RM. einschließlich 50 Pfg. Postgebühr (ohne Postaufschlaggebühr)
bei fünf wöchentlichem Versand, Einzelnummer 10 Pfg. Anzeigenpreise: Die einseitige 20 mm
breite Zeile 25 Pfg., für anderwärts 40 Pfg., Familienanzeigen und Stellenangebote ohne Rabatt
15 Pfg., außerhalb 25 Pfg., die 90 mm breite Werbeanzeige 200 Pfg., außerhalb 250 Pfg., Offerten-
gebühren 20 Pfg., Kautionsgebühren gegen Vorauszahlung

Druck u. Verlag: Kerschmann & Kerschmann,
Dresden, Postfach-Rt. 1068 Dresden,
Nachdruck nur mit deutl. Quellenangabe
(Dresden, Nachr.) zulässig. Unterliegende
Schmuckblätter werden nicht aufgezählt

Sachsen gegen die Reichsbahnverwaltung Die Teilung des Direktionsbezirks Dresden offensichtlicher Vertragsbruch Gefahren für die sächsische Wirtschaft

Die Nachrichtenstelle der Staatskanzlei teilt uns im An-
schluß an die im Dienstaftabendblatt veröffentlichte Meldung
zur Teilung des Reichsbahndirektionsbezirks Dresden mit:

Wie bereits bekannt, hat die Reichsbahnhauptverwaltung
die Absicht, den jetzt einheitlichen sächsischen Reichsbahn-
direktionsbezirk durch Abtrennung des Leipziger Ge-
bietes und dessen Zuteilung an Halle, zu zerschlagen. Ein
derartiges Vorgehen würde schwerwiegende Folgen für
die sächsische Gesamtwirtschaft haben und
auch formell unberechtigt sein.

Das Land Sachsen stellt ein geschlossenes und ein-
heitliches Wirtschaftsgebiet dar, dessen Interessen von der
Direktion Dresden in vorbildlicher Weise auf allen in
Frage kommenden Gebieten, insbesondere auf dem des
Tarifwesens, jederzeit einheitlich und geschlossen vertreten
worden sind. Gerade bei der Vielgestaltigkeit der Interessen
der sächsischen Wirtschaft ist diese

einheitliche Behandlung ein dringendes Erfordernis.

Nicht würde sich der Zustand ergeben, daß zwei Direktionen
sächsische Wirtschaftswünsche vertreten müßten. Die Regierung
müßte also mit zwei Direktionen diese Angelegenheiten be-
handeln, und es besteht nicht die Sicherheit, daß das Ergebnis
immer eine übereinstimmende Stellungnahme der beiden
Direktionen wäre, abgesehen von der Mehrarbeit, die
mit der Verhandlung zwischen Dresden und Halle an sich ver-
bunden ist.

Auch ist bekannt, daß gerade auf dem Gebiete des Tarif-
wesens die Direktion Dresden wegen ihrer besonderen Lage
an der Grenze und ihrer besonderen Erfahrungen auf dem
Gebiete des Tarifwesens noch während des Bestehens der
sächsischen Staatsbahnen in den Tarifverhandlungen ein be-
sonderes Ansehen genoss und sich diese Sonderstellung auch
glücklicherweise nach Uebergang der sächsischen Bahnen auf das
Reich innerhalb der Reichsbahnverwaltung erhalten hat. Auch
diese Stellung würde durch eine Verschneidung des Direktions-
gebietes einen schweren Stoß erleiden.

Dah auch auf dem Gebiete des Fahrplanwesens
die Ansätze, eine Besserstellung Leipzigs gegenüber der bis-
herigen Bevorzugung von Halle zu erreichen, durch eine
Unterstellung Leipzigs unter Halle schwer gefährdet
sind, braucht kaum erst betont zu werden. Insbesondere aber
würde der neue Zustand

eine unwägliche Veränderung auf dem Gebiete
des Vergütungswesens

zur Folge haben. Die Reichsbahndirektion Halle würde
natürlich für ihren gesamten Bezirk gemeinsam vergeben und
vornehmlich dabei Firmen aus dem eigenen Bereich be-
denken, während die bisher beteiligten sächsischen Firmen für
die Beseitigung dieser Gebiete auscheiden würden. Diese
Regelung würde die Vertretung der Rechte, die Sachsen aus
dem § 23 des Staatsvertrages, betreffend den Uebergang
der Eisenbahnen auf das Reich, aufheben, illusorisch und un-
möglich machen.

Es muß anerkannt werden, daß der jetzige Zustand in
Leipzig unhaltbar ist.

Theoretisch sind zwei Lösungen denkbar:

Entweder man teilt die gesamten Leipziger Anlagen der
Direktion Halle zu. Das würde bedingen, daß
auch ein größerer Teil des nordwestsächsischen Netzes aus be-
trieblichen Gründen mit von Halle aus verwaltet werden
müßte. Möglicherweise würde es sich um einen Teil han-
deln, der durch die Flüsse Wurzen, Grimma und
Altenburg begrenzt wird. Es ist aber nicht ausgeschlossen,
daß die Reichsbahn noch weitere Teile sächsischen Gebietes
Halle unterstellen will. Die andere Lösung wäre die, daß
die gesamten Leipziger Anlagen, insbesondere auch
die Verschiebebahnhöfe Wahren, noch der Direktion
Dresden unterstellt werden. Die Reichsbahnhauptverwaltung
hat dazu erklärt, daß diese Möglichkeit deswegen aus-
geschlossen sei, weil die Direktion Dresden dann
zu groß würde. Dieser Einwand kann nicht als stich-
haltig angesehen werden. Es besteht Grund für die An-
nahme, daß auch die Reichsbahndirektion Dresden der Auf-
sicht ist, daß sie diese Verwaltung ihres Bezirks ohne
weiteres noch mit übernehmen könnte. Außerdem geht aber
das Bestehen der Reichsbahn ohnehin, wie vom General-
direktor Dörpmüller ausgesprochen worden ist, dahin,
die kleinen Direktionen zu beseitigen und das Reichsbahn-
netz in wenige große Direktionen aufzuteilen.
Der Anfang damit ist bekanntlich durch Auflösung der Di-
rektion Würzburg schon gemacht worden.

Es wird nun weiter von der Reichsbahn ausgeführt, daß
sich für die sächsische Wirtschaft und das Land Sachsen aus
einer Aufteilung sächsischer Gebiete an die Direktion Halle
keine Nachteile ergeben würden. Die Direktion Halle werde
genau so bestrebt sein, die sächsischen Interessen zu vertreten
und wahrzunehmen, wie dies jetzt von Dresden aus geschieht.

Diese Auffassung muß nachdrücklich bestritten
werden.

Halle ist der Mittelpunkt eines in stärkster und noch un-
absehbarer Entwicklung befindlichen Industriebezirks. Es ist
selbstverständlich, daß sein Hauptinteresse sich auf die damit
verbundenen umfangreichen und schwierigen Aufgaben er-
strecken wird. Es ist dies ein Aufgabenkreis, der es unzmög-
lich macht, gleichzeitig die Interessen einer Großstadt von dem
Ränge Leipzigs zu vertreten, deren Industrie und Großhandel

international sind, sich in so außergewöhnlicher Entwicklung
befinden und die, wie sich dies auch aus der Güterverkehrs-
statistik ergibt, wirtschaftlich ganz überwiegend nach Sachsen
tendieren.

Bei der anfallenden Förderung sächsischer Interessen, die
sich die preussische Regierung, namentlich in der letzten Zeit, hat
angelegen sein lassen, wird Leipzig bei entscheidenden
Fragen, bei denen die Interessen Halle gegen Leipzig stehen,
mit Wahrscheinlichkeit benachteiligt werden. Man braucht
nur auf die Erfahrungen mit dem Flugplatz in Schkeu-
ditz zu verweisen, bei denen sich das Reich zugunsten der
preussischen Stellungnahme den Wünschen Sachsens und Leip-
zigs ebenfalls verschlossen hat, oder sich vorzusetzen, wie die
Behaltung Preussens sein würde, wenn einer der wirtschaftlich
wichtigsten Teile seines Gebietes einer außerhalb Preussens
gelegenen Reichsbahndirektion zugeteilt werden sollte.

Die Reichsbahn behauptet weiterhin, daß die von ihr ge-
plante Änderung ihr erhebliche Ersparnisse bringe
und deshalb schon aus Gründen der Verbesserung der Finanz-
lage notwendig sei. Diese Behauptung muß zunächst be-
stritten werden. Wenn der Direktion Dresden die ge-
nannten Gebiete mit übertragen werden, so wird dort kaum
eine fühlbare Personalvermehrung notwendig sein. Die Er-
sparnisse, die die Reichsbahn beabsichtigt, ergeben sich, soweit
hier übersehen werden kann, nicht aus der Aufteilung der
Leipziger Gebiete zu Halle, sondern aus Verwaltungsvereini-
gungen, die mit der geplanten Aufhebung einer mittel-
deutschen Direktion in Verbindung stehen.

Abgesehen von diesen sächsischen Gründen ist aber auch
formell das Vorgehen der Reichsbahn als unerträglich
zu bezeichnen.

Das Land Sachsen hat im Jahre 1924 in langwierigen Ver-
handlungen von dem damaligen Leiter der Deutschen Reichs-
bahn, des Ministers D e s e r, Zugeständnisse erreicht, die zwar

den Umfang nicht hatten, in dem Preußen und Bayern ihre
Sonderansprüche durchzusetzen vermochten, die aber doch den
besonderen Verhältnissen der sächsischen Wirtschaft und den be-
sonderen Bedürfnissen, die durch die geographische Lage des
Landes, seine dichte Besiedlung, die enge Verflochtenheit und
Vielfachigkeit seines Wirtschaftslebens bedingt sind, sowie
der Tatsache wenigstens einigermaßen Rechnung trugen, daß
Sachsen infolge seiner Verkehrsbedeutung einer der wesen-
tlichsten Ueberflusshbezirke der Reichsbahn war
und noch ist. Darunter befindet sich die Bestimmung, in der
klipp und klar ausgesprochen ist, daß „bei der besonderen wirt-
schaftlichen Bedeutung und Geschlossenheit des sächsischen Wirt-
schaftsgebietes wesentliche Änderungen der Grenzen des
Direktionsbezirks Dresden nur im Einvernehmen mit der
sächsischen Regierung vorgenommen werden“ dürfen. Als im
Vorjahre gerichtlich bekannt wurde, daß Umorganisationen
hinsichtlich der Direktionsbezirke bei der Reichsbahn-Haupt-
verwaltung geplant würden, hat die sächsische Regierung sofort
mit allem Nachdruck auf dieses Recht hingewiesen.

Wenn nunmehr erklärt wird, daß die Maßnahme, die die
sächsischen Interessen so schwer verletzt, sofort in Angriff ge-
nommen werden soll, so ist dies

ein offensichtlicher Vertragsbruch.

und es muß geradezu erschütternd auf das Verhältnis der
Länder zum Reich und seinen Organen wirken, wenn feierlich
abgeschlossene Verträge in dieser Weise mißachtet werden. Die
sächsische Regierung wird die Wahrung der sächsischen Rechte
mit allen Mitteln, also auch auf dem Rechtswege, be-
streiten. Bei den mündlichen Vorstellungen, die sofort bei dem
Generaldirektor der Reichsbahn erhoben worden sind, hat er
sich wenigstens bereit finden lassen, die endgültige Regelung
der Frage bis zum 1. April 1931 hinauszuschieben, damit die
Rechtssache bis dahin geklärt werden könne.

Bekanntlich hat die Reichsregierung selbst in dem zwischen
ihr und dem Lande Sachsen anhängigen Rechtsstreit wegen
Zuteilung eines Teiles im Verwaltungsrat ähnlich gehandelt,
indem sie diesen Sitz bis zum Ausgange des Rechtsstreites
unbesetzt läßt.

Der Anmut über Versailles wächst

Ein Erfolg des Rechtskrafts bei den Wahlen

Kopenhagen, 18. Sept. Wie in der englischen, amerika-
nischen und italienischen Presse, so kommt auch in der
dänischen zum Ausdruck, daß man im Ergebnis der
Reichstagswahlen in Deutschland vor allem einen Protest
gegen den undurchhaltbaren Vertrag von Versailles erblickt.
So schreibt „Extra Bladet“ unter der Ueberschrift „Euro-
pas unvereinigte Staaten“ u. a.: Ueber die Ursachen zu der
großen Umwälzung in der deutschen Politik streite man sich
bereits. Wozu?

Aus dem Charakter der Hitlerbewegung geht klar
hervor, daß der Versailler Vertrag die Wurzel alles
Uebels ist.

Bereits vor zehn Jahren wurde gesagt, daß dieser Friedens-
schluß in Form eines Diktates für das niedergedrückte
Deutschland zu einem Fluch werden würde, zu einem
Instrument nicht für den Frieden, sondern zu fort-
währenden Unruhen und vielleicht einmal zu einem
neuen Kriege. Wie viele Anstrengungen wurden seitdem nicht
zur Verbesserung des Vertrages gemacht und wie viele
energische Versuche, seinen Geist in einen Geist des Friedens
und der Verträglichkeit umzuwandeln. Alles ist aber
hoffnungslos.

Es bis zwölf Millionen deutscher Wähler haben mit
einem kräftigen Schläge auf den Tisch erklärt, daß sie
gegen den Geist von Locarno sind,

daß sie auf der Grundlage des Versailler Vertrages keinen
Frieden haben wollen, sondern lieber einen Krieg, als von
dieser Grundlage hinwegzukommen. Bei den deutschen Wäh-
len hat in erster Reihe der Versailler Vertrag Schiffbruch
erlitten. Nunmehr hat sich gezeigt, daß die Schwarzscher, die
vor zehn Jahren in diesem Frieden nur ein Unheil sahen,
allzuviel Recht erhalten sollten. Natürlich hat ein ganzer
Komplex von sehr verschiedenen innen- und außenpolitischen
Ursachen zu dem Ergebnis der Wahl beigetragen; aber die
Hauptursache bleibt doch, daß Deutschland sich nicht zufrieden er-
klären will mit den Bedingungen, die die siegreichen West-
mächte dem zukünftigen Dasein Deutschlands auferlegten.

das, nach Ansicht der Deutschen, ein Dasein in Fesseln
ist — ohne Kolonien, mit zerstückten Grenzen und in
moralischer und wirtschaftlicher Entwürdigung.

Und die Zukunft? Ueber diese kann niemand etwas sagen,
man kann nur alles befürchten. Nur soviel weiß man: Kein
Frieden und keine vereinigten Staaten von Europa in ab-
sehbarer Zukunft.

England zur Hitler-Rede

London, 18. Sept. Das Programm der Nationalsozia-
listischen Deutschen Arbeiterpartei ist der Gegenstand längerer
Verichte in der englischen Presse. Zeitungen wie die „Times“
geben ausführliche Einzelheiten über ihre Organisation und
ihre Ziele. Die Rede Hitlers in München, in der er den

Putschgedanken abgelehnt hat, hat in England einen guten
Eindruck gemacht. Falls Hitler die Absichten der Partei richtig
darstelle, so schreiben die „Times“, kläre sich die Lage ganz
erheblich.

In seinen Worten drückte sich der Geist seiner Partei
aus, der ihm zum Erfolg verholfen habe, und seine
Ausführungen ließen erwarten, daß er in diesem Geist
das Reich in richtige und nützliche Wege leiten werde.

Ueber die internationalen finanziellen
Rückwirkungen der deutschen Wahlen glauben die
„Financial Times“ beruhigende Versicherungen
abgeben zu können. Man habe sich an der Londoner Börse
und in den Finanzkreisen nun zu der Auffassung durch-
gerungen, daß irgendwelche drastischen Änderungen der deut-
schen Finanzpolitik dem Auslande gegenüber vorläufig nicht
zu erwarten seien. Das beste Zeichen für das Vertrauen, das
man in Londoner Finanzkreisen habe, sei die Tatsache, daß die
Markt sich während dieser Krise vollkommen stabil
gehalten habe. Man halte es in London zur Zeit für un-
möglich, daß das deutsche Volk die Erfüllung des Youngplans
ablehnen werde. Die weitere Voraussetzung für die Erhaltung
dieses Vertrauens sei jedoch, daß der neue Reichstag alles tue,
um die Pläne zu verwirklichen, die zu einer allgemeinen Ver-
besserung der Lage in Deutschland führen könnten.

Herriot empfiehlt Wachsamkeit

Paris, 18. Sept. In der „Cere Nouvelle“ beschäftigt
sich der ehemalige französische Ministerpräsident Herriot
unter der Ueberschrift „Wachsamkeit“ eingehend mit dem
Ausgang der deutschen Wahlen. Herriot stellt zunächst fest, daß
die deutsche Sozialdemokratie, die einzige Partei, mit
der die französischen Finanzkreise hätten arbeiten können, nicht
intakt geblieben sei, da sie trotz des Anwachsens der Wähler-
schaft neun Sitze verloren habe. Zwei Gefahren seien nun auf-
getaucht. Die einer Revolution, an die man jedoch nicht
glauben dürfe, und die sehr viel gefährlichere eines Kriege s.
Frankreich müsse nunmehr Stunde für Stunde wachsam bleiben.
Es sei immerhin möglich, daß die republikanischen Parteien in
Deutschland die Notwendigkeit einsehen, daß sie trotz der
inneren Meinungsverschiedenheiten die Weimarer Verfassung
schützen müssen.

Trotz dieser Annahme an, so würden sie die französischen
Finanzkreise immer an ihrer Seite finden.

Vor allem müsse man nunmehr in Frankreich alle unvor-
sichtigen Kundgebungen vermeiden. Deutschland
werde in aller Freiheit seine eigenen Wege suchen, seinen
Handlungen müsse man nur mit Wachsamkeit und Kaltblütig-
keit folgen. — Die „Politique“ steht durchaus seinen Grund,
die Richtung der französischen Außenpolitik Deutschland gegen-
über zu ändern. Die französische Außenpolitik, so betont das
Blatt, habe noch nie gratis Zugeständnisse an Deutschland ge-
macht und sei doch nie auf dem Vertrauen zu Deutschland auf-
gebaut gewesen.